

I
01
Herrn Nemitz

Antrag Drucksache Nr.: 01327/2018 der Fraktion DIE LINKE
Betreff: Schlechterstellung von BuT-Berechtigten durch Schülerbeförderungssatzung

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Nahverkehr Schwerin anzuweisen, zum Fahrplanwechsel dieses Jahres einen Monatskarten-Sozialtarif im Ausbildungsverkehr für Inhaber der Bildungskarte zum Preis von 21,30 EUR einzuführen.

Aufgrund des vorstehenden Beschlussvorschlags nimmt die Verwaltung hierzu Stellung:

1. Rechtliche Bewertung (u. a. Prüfung der Zulässigkeit; ggf. Abweichung von bisherigen Beschlüssen der Stadtvertretung)

Aufgabenbereich: Eigener Wirkungskreis

Der Antrag ist unzulässig.

Anträge, durch die der Gemeinde Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen entstehen, müssen gemäß § 31 Abs. 2 Satz 2 KV M-V bestimmen, wie die zu ihrer Deckung erforderlichen Mittel aufzubringen sind; der Teilhaushalt ist zu benennen.

Durch die Anweisung zur Einführung eines Monatskarten-Sozialtarifs beim Nahverkehr Schwerin entstehen der Landeshauptstadt Schwerin Mehrkosten, die nicht im Doppelhaushalt 2017/2018 abgebildet sind. Der Antrag enthält keinen Kostendeckungsvorschlag und erfüllt somit nicht die kommunalverfassungsrechtlichen Vorgaben.

2. Prüfung der finanziellen Auswirkungen

Art der Aufgabe: Freiwillige Aufgabe (neu)

Kostendeckungsvorschlag entsprechend § 31 (2) S. 2 KV: Im Antrag nicht enthalten.

Einschätzung zu voraussichtlich entstehenden Kosten (Sachkosten, Personalkosten):

Aktuell sind 6589 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Besitz einer Bildungskarte. Der Beschlussvorschlag zielt darauf ab, für alle Leistungsberechtigten die Möglichkeit zur Inanspruchnahme des Monatskarten-Sozialtarifs beim Nahverkehr zu schaffen. Er beschränkt sich nicht auf die 450 Schülerinnen und Schüler, die bisher Anspruch auf die Erstattung der Kosten für die Schülerbeförderung aus BuT-Mitteln gehabt haben. Eine Kostenschätzung bedarf daher einer tiefergehenden Prüfung.

3. Empfehlung zu weiteren Verfahren

Umwandlung in einen Prüfantrag

Eine detaillierte Stellungnahme bedarf weitergehender Prüfungen (Kostenermittlung, Tarifstruktur, Abstimmung zwischen Aufgabenträger und Nahverkehr Schwerin).

Es wird empfohlen, den Antrag in einen Prüfantrag umzuwandeln.

Dr. Rico Badenschier